

# Adivasi-Delegation in Bonn

von Thomas Stuckenberg

**Repräsentanten indischer Ureinwohner konnten zum ersten Mal auf einer Pressekonferenz und einer Expertentagung ihre Situation einem deutschen Fachpublikum schildern.**

Den vorläufigen Höhepunkt der von Gesellschaft für bedrohte Völker, Indienhilfe, Südasienbüro, AK Swaraj, FIAN und SüdAsienArbeitsGruppe getragenen 'Adivasi-Kampagne' im UN-'Jahr der indigenen Völker' bildeten die Pressekonferenz in Bonn mit anschließendem Empfang bei Bundestagspräsidentin Süßmuth am 15. September und die darauffolgende zweitägige Expertentagung.

Prof. Dr. Ram Dayal Munda vom Stamme der Munda und Anthropologe an der Universität Ranchi/Bihar sowie führender Vertreter der Jharkhand-Bewegung (siehe auch Südasien 4/1993), Bischof Dr. Nirmal Minz aus Ranchi, Frau Sanhya Naik aus Orissa und Dr. Siddhraj Solanki aus Ahmedabad als Vertreter der Adivasi wurden begleitet von Dr. Walter Fernandes vom Indian Social Institute/New Delhi. Von deutscher Seite nahmen an der Tagung VertreterInnen der meisten in Indien tätigen großen kirchlichen und privaten Hilfsorganisationen sowie der staatlichen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) teil.

## Adivasi: Opfer internationaler Entwicklungspolitik

Das Narmada-Staudammprojekt und das wesentlich mit deutscher Hilfe (Mannesmann-Demag) gebaute Stahlwerk in Rourkela/Orissa sind sicherlich die prominentesten Beispiele deutscher und internationaler "Entwicklungs"- und Investitionsprojekte, die eklatante Auswirkungen auf die sozio-kulturelle und ökonomische Situation der Adivasi haben. Bischof Minz und Dr. Fernandes wiesen auf der Tagung wiederholt darauf hin, daß diese Großprojekte jedoch lediglich Symbole sind für ein - neues? - indisches und internationales Entwicklungsparadigma, dessen Opfer v.a. die Adivasi zunehmend zu werden drohen: Kulturelle und menschliche Werte - zumal die einer Minderheit, und sei

diese auch 70 Millionen Menschen groß - werden im Zweifelsfall den ökonomischen Interessen geopfert. Die Beispiele für Vertreibungen infolge von Großprojekten, Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und damit der Lebensgrundlagen der Adivasi, arbeitssparende statt arbeitsschaffende Technologien etc. sind zahlreich.

Ein Großteil der natürlichen Ressourcen, die die indische Regierung und multinationale Konzerne ausbeuten wollen, befinden sich gerade in den traditionellen Adivasi-Gebieten. "Wir sitzen geradezu darauf", betont Bischof Minz. Vor vierzig Jahren noch gehörten gerade die Stammes-Gesellschaften zu den wohlhabendsten Indiens, heute sind sie auf staatliche Almosenprogramme angewiesen. Zu den Hauptverantwortlichen für diese Entwicklung zählt die staatliche Forstpolitik: Die Wald"schutz"gesetze und auch das "Joint Forest Management" sind weitgehend gegen die Adivasi gerichtet, da sie letztlich auf eine Ausbeutung der Ressourcen der Adivasi hinauslaufen. Auch Dr. Burger von der GTZ räumte ein, daß die vorrangige Orientierung von Entwicklungsprojekten am "Return on Investment" sowie unzureichende Informationen der Betroffenen problematisch seien. Die Fundamentalkritik der Adivasi-Vertreter an der westlichen Entwicklungspolitik wurde von den Vertretern von GTZ und KfW jedoch zurückgewiesen. Prof. Munda leitete aus seiner Kritik an der technozentrierten und auf ökonomische Profite ausgerichteten internationalen Entwicklungsdoktrin und v.a. auch der Unterdrückung der Adivasi in Indien selbst die Forderung nach mehr Autonomie und Selbstbestimmung ab.

## Empowerment:

Solange die indische Regierung jegliche Forderung nach mehr Selbstbestimmungsrechten durch Adivasi, ja selbst die bloße Erwähnung der Belange der 'indigenous peoples' als staatsgefährdend ansieht und kaum eine Regierungs- oder Nicht-Regierungsorganisation sich in direkter Konfrontation mit der indischen Regierung die Interessen der Adivasi offen zueigen macht, muß eine Unterstützung der Adivasi zunächst v.a. auf 'Empowerment' setzen. Mit diesem schwer ins Deutsche übertagbaren Wort ist vor allem die Stärkung der Identität, Selbstbestimmung und Artikulations-

möglichkeiten der Adivasi gemeint. Diese Stärkung der kulturellen Identität darf keine Kosmetik bleiben und bei Ausstellungen von Adivasi-Kultur, wie zur Zeit im Kölner Völkerkundemuseum (Rautenstrauch) zu sehen, stehen bleiben, denn es geht um das Überleben der Gemeinschaft der Adivasi.

"Uns werden Lebensbedingungen aufgezwungen, in denen wir sprach- und damit machtlos bleiben", betont Frau Naik: So werden die traditionellen Stammessprachen kulturpolitisch immer mehr entwertet, andererseits finden die Adivasi keinen angemessenen Zugang zum Hindu-dominierten öffentlichen Bildungssystem, und auch das Listensystem ('scheduled tribes') wird immer mehr zur Makulatur, vor allem in Unionsstaaten, wo es an einen festen Wohnsitz gebunden ist.

Bischof Minz berichtete von Bemühungen der lutherischen Kirche in Ranchi, die Adivasi-Sprachen über ein System gemeinsamer Transkription zu stärken und so zur Solidarität unter den verschiedenen Stämmen beizutragen. Zentral ist die Forderung, den Adivasi Raum zu geben, um ihre Interessen und Belange selbst zu formulieren, ohne die bisher von vielen NGOs dazwischengeschalteten 'middlemen'.

Adivasi-Kulturen sind in mancher Hinsicht humaner als die Hindu-Mainstream-Zivilisation. So sind 'dowry' und 'female infanticide', (Mitgift und Mädchenötung) in Indien noch erschreckend weitverbreitete Phänomene, bei den Adivasi vergleichsweise unbedeutend, wie Frau Naik berichtete, und allgemein ist die Frau höher gestellt, z.B. gibt es das Recht auf Scheidung. Dennoch sind die Überlebenschancen der Adivasi, und besonders der Frauen, in der 'Mainstream'-Gesellschaft Indiens bedroht.

## Erster landesweiter Stammesrat

Nur vereint können die ca. 250 Adivasi-Völker dem drohenden Untergang ihrer Kulturen entgehen. Aus dieser Erkenntnis heraus wurde im Frühjahr 1993 der 'Indian Council on Indigenous and Tribal Peoples' (ICITP) als 'Bharatiya Adivasi Saghanam' neu konstituiert, der Ende Oktober in New Delhi tagen wird. Die Verabschiedung einer programmatischen Plattform ist für November geplant.

Für viele Adivasi ist der ICITP lediglich ein erster wichtiger Schritt. Das Ziel

ist Autonomie, die nicht verhandelbar ist, wie besonders Prof. Munda immer wieder betont. Leere developmentpolitische Versprechungen, daß sich die regionalen Disparitäten langsam verringern und auch die Adivasi-Gemeinschaften ihr Stück vom "Entwicklungskuchen" abbekommen, warten schon zu lange auf ihre Erfüllung. Im Jharkhand ist die Autonomie-Bewegung relativ stark. Insgesamt sind aber noch viele Hindernisse zu überwinden, um die Adivasi zu einer Kraft zu vereinen, denn die kulturellen und sprachlichen Unterschiede sind groß. Noch schwieriger dürfte sich ein - prinzipiell wünschenswertes - Bündnis mit den Dalits, den sog. "Unberührbaren" gestalten, da hier vor allem die Gefahr besteht, daß die Adivasi quasi als unterste Kaste, noch unter den "Unberührbaren", vom Kastensystem vereinnahmt bzw. darin aufgesogen würden. Ein Prozeß, der teilweise schon stattfindet. Historisch gesehen waren nach Prof. Munda die Dalits diejenigen, die das herrschende Kastensystem akzeptierten und unterster Bestandteil wurden, während die Adivasi vor den Hindu-Eroberern in die Wälder flohen.

#### Unterstützung von außen möglich?

Einige deutsche und indische NGOs konzentrieren sich bei ihrer Arbeit mit Adivasi neben einkommenschaffenden Maßnahmen, Gesundheits- und Bildungsprogrammen auf 'leadership-training'. Die Frage ist, welche Erfolgskriterien sie an ein solches Training stellen und wann sie sich schließlich zurückziehen und das Feld den Adivasi selbst überlassen. Während die Interessen der NGOs und ihrer 'middlemen' oft nicht so offensichtlich sind - manche 'middlemen' kleben aber lebenslang an ihrem Posten - ist die Konzentration der 'Government Agencies', so auch GTZ und KfW, auf rein ökonomische Kriterien offensichtlich. So hat die GTZ keine klaren Richtlinien für die (politische) Arbeit mit Adivasi. Dr. Fernandes kritisiert die Blindheit der Regierungsorganisationen für politische Fragen: Landbesitz und Marktmacht sind hochpolitisch, werden jedoch von Regierungsorganisationen prinzipiell kaum angetastet. Im Zuge der mit KfW-Mitteln von der Mannesmann-Demag betriebenen Modernisierung des Stahlwerk-Komplexes in Rourkela wurde angeblich viel für die betroffenen Adivasi getan, so z.B. Ausbildungs- und hochwertige Arbeitsplätze geschaffen. Daß die Adivasi jedoch nie gefragt und kaum entschädigt wurden, dafür braucht sich heute niemand mehr zu verantworten, da niemand in entscheidenden Positionen bei KfW oder Regierung die Projekte infrage stellt

oder ernsthaft auf "Adivasi-Verträglichkeit" prüft. So sind die weitaus meisten Adivasi, die bei Rourkela beschäftigt sind, niedrigstbezahlte Hilfsarbeiter.

#### Perspektiven:

- Programmatisch ist die Konzentration der Adivasi-Bewegung auf politische und kulturelle Ziele zentral: Autonomie/Selbstbestimmung, kulturelle und politische 'empowerment'. Dies schließt eine Entwicklung "Adivasi-gerechter" angepaßter 'low-cost'- Technologien und Wirtschaftsweisen ein, wobei die wichtige Frage noch nicht geklärt ist, ob Alternativen innerhalb des marktwirtschaftlich-kapitalistischen Systems zu finden sind.

- 'Empowerment' durch 'leadership building' ist die Strategie, mit der auch westliche NGOs die Adivasi dabei unterstützen sollten, ihre Interessen selbst effektiv zu vertreten.

- Rechtshilfe gehört hierbei zu den wichtigen Instrumenten, v.a. auch zur Stärkung der traditionellen Rechte der Adivasi wie (kommunitäre) Land- und Waldnutzungsrecht.

- Deutsche NGOs haben auch die Aufgabe, Adivasi-Interessen gegenüber der deutschen offiziellen Politik zu vertreten und strategische Allianzen zu fördern. Die Adivasi müssen an der Planung und Durchführung von Entwicklungsprojekten in ihren Regionen mindestens beteiligt werden.

Das Kampagnenbündnis der sechs Trägerorganisationen fordert die Bundesregierung auf, sich aus Projekten zurückzuziehen, die die Lebensgrundlagen der Adivasi zerstören. Die Bundesregierung wird weiterhin aufgefordert, die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu unterzeichnen, die Minimalstandards zum Schutz der Rechte von "Eingeborenen und in Stämmen lebenden Völkern" festlegt.

"Adivasi in Schuldnechtschaft" ist das Thema der jüngsten Eilaktion, zu der die an der Kampagne beteiligte und aus der Arbeit von Amnesty International hervorgegangene Menschenrechtsorganisation Food First Information and Action Network (FIAN) aufruft. Im Thane-Distrikt nördlich von Bombay wehren sich seit mehr als einem Jahr Adivasi-Familien gegen die Schuldnechtschaft (bonded labour) und kämpfen für das Recht, die Nahrungsmittel für ihren eigenen Lebensunterhalt selbst anzubauen. Schlägerbanden der Geldverleiher und Großgrundbesitzer vertreiben sie jedoch unter Billigung oder mit offener Beteiligung der Polizei immer wieder von ihrem angestammten Land und greifen die Häuser der Adivasi an. Die Adivasi sehen sich körperlichen Angriffen und ungerechtfertigten Anklagen durch die

Polizei ausgesetzt. FIAN ruft dazu auf, sich in Briefen an den Home Minister und den Chief Minister von Maharashtra gegen diese und andere gesetzlich verbotene Fälle von Schuldnechtschaft und Landvertreibung zu wenden. Nähere Informationen bei FIAN-BRD, Overwegstr. 31, 44625 Herne. Als Reaktion auf die Tagung hat u.a. die Gossner-Mission, Berlin, in einer Resolution Stellung bezogen. Insbesondere fordert sie die Bundesregierung auf, dem Abkommen 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (siehe oben) beizutreten und sich nicht an Projekten zu beteiligen, die sich negativ auf die Situation der Adivasi auswirken.

## NEUERSCHEINUNGEN



Günther Bächler, Volker Böge, Stefan Klötzli, Stephan Libiszewski:

### Umweltzerstörung - Krieg oder Kooperation?

Ökologische Konflikte im internationalen System und Möglichkeiten der friedlichen Bearbeitung

Umweltzerstörungen sind schon heute Ursache und Gegenstand von Gewaltkonflikten im internationalen System. Die Belastungen wirken grenzüberschreitend, und Ressourcen wie Luft, Wasser, Boden, Meere oder Wälder sind so geschädigt, daß sie zu knappen Gütern werden. Um Wasser und andere ökologische Ressourcen könnten in Zukunft zunehmend Kriege geführt werden.

Schon heute ist eine Militarisierung der internationalen Umweltpolitik zu beobachten: „Grünhelme“ sollen Wälder schützen und Meere retten – und vor allem dem Militär eine neue Legitimation geben. Aber kann saubere Luft mit Waffengewalt verteidigt werden? Die Autoren des vorliegenden Bandes plädieren für eine friedliche Bearbeitung von internationalen Umweltkonflikten und entwickeln Vorschläge dafür. Sie analysieren globale Umweltschäden, zeigen die politische Ökologie von Konflikten auf und stecken die politischen, institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen für eine internationale Umweltpolitik ab.

Der Band vermittelt durch Karten, Schaubilder und Übersichten anschaulich ein Grundwissen über globale Umweltzerstörungen und ökologische Konflikte.

1993, 160 S., 10 Abb., DM 26,-, SFR 25,-, ISBN 3-929440-07-5

Über jede Buchhandlung erhältlich oder durch Direktbestellung an den Verlag

agenda Verlag

Kettelerstr. 25, D-48147 Münster

Tel.: 02 51 / 29 69 21, Fax: 02 51 / 29 69 62